



Zypries: "Keine Entwicklung wird die Energiewende so stark beeinflussen wie die Digitalisierung"

Weichen für die Energiewelt von morgen stellen: Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries über die Herausforderungen für die nächste Legislaturperiode. [Mehr erfahren](#)

Zypries: "Keine Entwicklung wird die Energiewende so stark beeinflussen wie die Digitalisierung"

Weichen für die Energiewelt von morgen stellen: Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries über die Herausforderungen für die nächste Legislaturperiode.



"Keine Entwicklung wird die Energiewende so sehr beeinflussen wie die Digitalisierung", betonte Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries in der vergangenen Woche in ihrer Rede beim Kongress des BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft). Die Energiewende tauglich zu machen für den Energiebedarf eines Industrielandes auf dem Weg in die Digitalisierung – das sei die Maßgabe für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), sagte Zypries. Das Energiesystem der Zukunft brauche digitale Lösungen, um Erzeugungsanlagen intelligent mit Verbrauchern oder Speichern zu verknüpfen. Auch würden digitale Lösungen benötigt, um Effizienzziele zu erreichen.

Neue Perspektiven für Start-ups und etablierte Unternehmen

Der Bundestag habe mit dem [Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende](#) einen stabilen Rahmen für den digitalen Wandel im Energiesektor geschaffen, damit wir in Deutschland die damit einhergehenden Chancen nutzen können. Die Digitalisierung werde neue Geschäftsmodelle hervorbringen, nicht nur bei großen Energieversorgern, sondern gerade bei Start-ups, so Zypries. Eine Vernetzung neuer und etablierter Unternehmen bringe uns in der Wirtschaft am besten voran. Diesem Ziel werde auch der "Future Energy Accelerator" dienen. Mit diesem neuen Kooperationsprogramm wollen die Deutsche Energie-Agentur und das BMWi innovative Start-ups der Energiewirtschaft zielgenau unterstützen (mehr dazu lesen Sie [hier](#)).

Ziel: Energiewende, die alle Sektoren umfasst

Eine weitere große Chance für die Energiewirtschaft biete die Sektorkopplung, so die Bundeswirtschaftsministerin. Im Stromsektor sei die Dekarbonisierung, also die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger, schon relativ weit fortgeschritten. "Jetzt müssen wir den Schritt finden von der Stromwende zu einer echten Energiewende, die alle Sektoren umfasst", sagte Brigitte Zypries. Strom aus erneuerbaren Energien müsse stärker auch im Wärmebereich und im Verkehr zum Einsatz kommen, um diese Sektoren indirekt zu dekarbonisieren (wie Sektorkopplung genau funktioniert, lesen Sie [hier](#)). Noch stehe das aktuelle System aus Entgelten, Abgaben und Umlagen einer funktionierenden Sektorkopplung im Weg. In der nächsten Legislaturperiode werde das Bundeswirtschaftsministerium in einem ergebnisoffenen Prozess über notwendige Reformschritte beraten.

Disziplinierende Wirkung des Wettbewerbs

"Wir haben in dieser Legislaturperiode einiges geschafft!", resümierte Zypries. "Wir wollten mehr Wettbewerb und mehr Marktwirtschaft, um die Kostendynamik zu durchbrechen." Die Ausschreibungen dieser Legislaturperiode hätten gezeigt, dass das geglückt sei. Bei der Offshore-Ausschreibung erhielten drei von vier Projekten den Zuschlag für null Cent Förderung pro Kilowattstunde. "Null-Cent-Gebote hätten wir ohne die disziplinierende Wirkung des Wettbewerbs wohl auch nicht gesehen", sagte die Bundesministerin. Ebenso erfreulich sei die erste Ausschreibungsrunde bei Wind an Land, bei der neben großen Konzernen vor allem Bürgerenergiegesellschaften zum Zuge kamen (mehr dazu [hier](#)). Der Paradigmenwechsel, den das [EEG 2017](#) eingeleitet habe, sei richtig gewesen, so Zypries.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[→ [Internetseite zum BDEW-Kongress 2017](#)

[→ [BMWi-Themenseite "Die Digitalisierung der Energiewende"](#)

[→ [BMWi-Themenseite zu nationalen und internationalen Ausschreibungen](#)

Batteriespeicher für Solaranlagen: Förderprogramm wird aufgestockt

Die Bundesregierung passt die Förderung von PV-Batteriespeichern an: Als Antwort auf die hohe Nachfrage steigt die Förderung in diesem Jahr deutlich. Die Fördersätze sinken ab Oktober jedoch früher als geplant, weil Batteriespeicher immer preiswerter werden.



© istockphoto.com/mipan

Wer eine Solaranlage auf dem Dach hat, trägt aktiv zur Energiewende bei. Wer zusätzlich einen Batteriespeicher installiert, kann den erzeugten Solarstrom speichern und später nutzen. Immer mehr Hausbesitzer nehmen deshalb das Photovoltaik-Batteriespeicherprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) in Anspruch, um mit finanzieller Unterstützung ihre Solaranlage mit einem Speicher aus- oder nachzurüsten. Allein in diesem Jahr wurden bis Ende Mai knapp 3.200 Zusagen auf Förderung erteilt. Seit Programmstart im März letzten Jahres sind es insgesamt 8.000 Zusagen.

Batteriespeicherprogramm weiterhin sehr gefragt

Als Reaktion auf die steigende Nachfrage hat das BMWi nun beschlossen, die Fördersumme für dieses Jahr noch einmal deutlich aufzustocken. Damit können allein in diesem Jahr voraussichtlich 10.000

Anträge eine Förderzusage erhalten – das sind rund 50 Prozent mehr als ursprünglich geplant. Und auch 2018 stehen genügend Fördermittel bereit, um weitere 5.000 Anträge zu bewilligen. Die Förderung erfolgt direkt über die KfW; alle Infos zum Programm "Erneuerbare Energien – Speicher" finden Sie [hier](#).

Batterieprieise sinken, Fördersätze auch

Batteriespeicher für Solaranlagen werden immer günstiger, die Anschaffung auch mit weniger Förderung immer rentabler. Deshalb hatte die Bundesregierung eine schrittweise Absenkung der Fördersätze bereits beschlossen. Die Anschaffungskosten sind jedoch stärker gesunken als gedacht. Um eine Überförderung zu vermeiden, hat die Bundesregierung deshalb nun beschlossen, die Fördersätze für die Speicher schneller als geplant zu reduzieren.

Der Fördersatz gibt an, welchen Anteil der Nettoinvestitionskosten, die für den Kauf und Einbau eines Batteriespeichers anfallen, der Staat übernimmt. Zurzeit liegt der Fördersatz noch bei 19 Prozent. Er sinkt ab dem 1. Juli 2017 wie geplant auf 16 Prozent. Die nächsten beiden Absenkungen werden vorgezogen: Bereits ab Oktober 2017 gilt ein Fördersatz von 13 Prozent. Ab Januar 2018 sinkt er dann letztmalig auf 10 Prozent. Weitere Details finden Sie in der angepassten Förderbekanntmachung im amtlichen Teil des Bundesanzeigers unter "BAnz AT 20.06.2017 B1" oder direkt [hier](#).

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ Informationen zum Batteriespeicherprogramm der KfW](#)
 - [\[→ BMWi-Themenseite "Förderung Energiespeicher"](#)
 - [\[→ Förderbekanntmachung zum PV-Batteriespeicherprogramm](#)
 - [\[→ BMWi-Themenseite "Speichertechnologien"](#)
 - [\[→ Energiespeicher – Forschungsinitiative der Bundesregierung](#)
-

Wird die Blockchain-Technologie die Energiewirtschaft revolutionieren?

Zu dieser Frage äußern sich Paul-Georg Garmer, Senior Manager Public Affairs beim Übertragungsnetzbetreiber TenneT, und Dr. Maximilian Rinck, Experte für Strommarkt-Design bei der European Energy Exchange (EEX).

ZUR ERLÄUTERUNG:

Wie die Blockchain-Technologie funktioniert, erfahren Sie in unserer Rubrik "[direkt erklärt](#)".

PRO: PAUL-GEORG GARMER



© TenneT

Die Energiewende führt zu grundlegenden Änderungen in der deutschen Energiewirtschaft: Der Strom wird nicht mehr in wenigen Großkraftwerken produziert, sondern dezentral in tausenden von Erneuerbare-Energien-Anlagen, die wie zum Beispiel Batteriespeicher oder [Demand Side Management](#) auch notwendige Systemdienstleistungen erbringen werden. Wir müssen neue Wege gehen, um die stark vom Wetter abhängige erneuerbare Stromproduktion flexibel zu steuern und die Versorgung zu sichern. Jeder Kunde, der über Flexibilitäten verfügt, muss diese unabhängig von der Spannungsebene vermarkten können.

Hier liegt das Potenzial der Blockchain. Sie vernetzt dezentral verteilte Anlagen sicher, intelligent und schafft dadurch einen überregionalen Markt für Flexibilitäten. Der Einsatz von netzstabilisierenden Maßnahmen wie der teuren Abregelung von Windanlagen kann so begrenzt werden. Innovative Blockchain-Projekte können zudem den Netzausbau ergänzen. Eine stärkere Nutzung von Daten zur Stromerzeugung und neue Flexibilitäten bieten Chancen für eine effizientere Nutzung und Integration des fluktuierenden Grünstroms. TenneT untersucht deshalb in zwei Pilotprojekten die Potenziale der Blockchain. Gemeinsam mit sonnen e-Services wurden über miteinander vernetzte Heimspeicher zusätzliche Flexibilitäten geschaffen, um Engpässe im Netz zu managen. Mit dem niederländischen Unternehmen vandebron wurden zudem Autoladestationen vernetzt, die Sekundärregelleistung zur Verfügung stellen. In beiden Fällen passen sich die Speicher über ein intelligentes Lademanagement individuell an die jeweilige Netzsituation an und können je nach Bedarf überschüssigen Strom sekundenschnell aufnehmen oder abgeben.

In Zukunft wird es Millionen von kleinen, dezentralen Stromproduzenten, Prosumern und Konsumenten geben. Blockchain kann die Interaktion zwischen den verschiedenen Akteuren entscheidend vereinfachen und Kosten für Stromkunden sparen. Gleichzeitig garantiert eine schlanke Abwicklung höchste Anforderungen an Datensicherheit und Diskretion.

Paul-Georg Garmer ist Senior Manager Public Affairs beim niederländischen Netzbetreiber TenneT.

CONTRA: DR. MAXIMILIAN RINCK



© EEX

Wenn wir über die durch Blockchain auslösbaren Revolutionen sprechen, meinen wir konkret die vollständige Dezentralisierung des Energiehandels und damit verbunden die Eliminierung von Intermediären wie Börsen oder Clearinghäusern aus der Wertschöpfungskette.

Börsen und Clearinghäuser nehmen jedoch wesentlich mehr Aufgaben wahr als die logistische Verbindung von Angebot und Nachfrage oder die finanzielle Abwicklung von Transaktionen.

Eine zentrale Zulassungsinstanz wie das Clearinghaus stellt durch die intensive Überprüfung der Handelsteilnehmer sicher, dass diese stets ihren finanziellen und physischen Verpflichtungen nachkommen können und rechtliche Auflagen zur Bekämpfung von Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung erfüllen. Die Abwicklung über einen solchen „zentralen Kontrahenten“ reduziert die Ausfallrisiken für langfristig abgeschlossene Geschäfte für alle Marktteilnehmer – auch im Stressfall – und liefert so einen signifikanten Mehrwert gegenüber rein bilateralem Handel.

Die wichtigsten Aufgaben der Börse und ihrer Marktsteuerung sind neben dem eigentlichen Betrieb des Marktplatzes die Überwachung und Absicherung des Handels gegen Manipulationen und regelwidriges Verhalten sowie die Dokumentation des Marktgeschehens durch die Feststellung von Schlusskursen. Diese amtlichen Preise dienen als Preisreferenz auch für außerbörslich abgeschlossene Verträge oder die Marktprämie im Erneuerbare-Energien-Gesetz. In illiquiden oder neuen Märkten kann eine solche Preisfeststellung meist nur durch Befragung von Handelsteilnehmern geschehen. Die zentrale Instanz Börse steht hier für Neutralität und Qualität der Preisquellen.

Die Blockchain hat als IT-Technologie ihre legitime Anwendung im Post-Trade-Bereich oder der Organisation von kleineren dezentralen, regionalen Märkten für Energie. Börsliche Handelsplätze wie die der EEX-Gruppe erfüllen im Stromgroßhandel wichtige Aufgaben, die nicht ohne Weiteres dezentralisierbar oder eliminierbar sind – auch nicht durch Blockchain.

Dr. Maximilian Rinck ist Experte für Strommarkt-Design bei der European Energy Exchange (EEX)

Förderkosten für Solarparks sinken weiter

Der Trend, der sich schon bei den Pilotausschreibungen für Solarparks gezeigt hat, setzt sich bei den ersten Ausschreibungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz fort: Die Förderhöhe für Sonnenstrom sinkt weiter.



Solarparks benötigen immer weniger staatliche Förderung. Die durchschnittliche Förderhöhe für Strom aus Photovoltaik(PV)-Freiflächenanlagen ist in der zweiten regulären Ausschreibungsrunde nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017 (EEG 2017) weiter gesunken. Sie liegt nun bei 5,66 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh). Noch vor zwei Jahren hatte die erste Pilotausschreibung für PV-Freiflächenanlagen einen durchschnittlichen Zuschlagswert von 9,17 ct/kWh ergeben. Die durchschnittliche Förderhöhe konnte also über alle Ausschreibungsrunden hinweg um rund 38 Prozent reduziert werden.

Franke: So deutliche Senkung hat es noch nicht gegeben

Allein im Vergleich zur Vorrunde ging der durchschnittliche Zuschlagswert um 0,9 ct/kWh zurück. "Eine so deutliche Senkung des Preisniveaus hat es seit Beginn der Ausschreibungen noch nicht gegeben", sagte Peter Franke, Vizepräsident der Bundesnetzagentur. In dieser Runde waren zum ersten Mal seit einem Jahr Gebote auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten (was das genau ist, erklären wir [hier](#)) in Bayern und Baden-Württemberg zugelassen. Bisher haben diese beiden Bundesländer eigene Verordnungen auf der Grundlage der im EEG enthaltenen Länderöffnungsklausel verabschiedet. Diese Tatsache habe zu deutlich gesunkenen Zuschlagswerten geführt, so Franke. Die Erweiterung der Flächenkulisse habe den Wettbewerb erhöht. Der nächste Gebotstermin für eine Ausschreibung von PV-Freiflächenanlagen ist der 1. Oktober 2017.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ Pressemitteilung der Bundesnetzagentur\]](#)

Was sind eigentlich "benachteiligte Gebiete"?

Landwirtschaftliche Flächen, die sich schwer bewirtschaften lassen, gelten als benachteiligte Gebiete. Beim Bau von Solarparks können genau diese Flächen jetzt aber punkten. Was dahintersteckt, lesen Sie hier.



Darum geht's: Zusätzliche Flächen für den Bau von Solarparks erschließen

Benachteiligte Gebiete haben es – wie der Name schon vermuten lässt – schwerer als andere Gebiete: Diese Flächen liefern schwächere landwirtschaftliche Erträge, weil zum Beispiel die klimatischen Bedingungen ungünstig sind oder die Bodenqualität schlechter ist. Oder den Landwirten fällt die Bewirtschaftung schwer, etwa an Berghängen. Was als benachteiligtes Gebiet gilt und was nicht, regelt das EU-Recht. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017 ([EEG 2017](#)) knüpft hieran an. Aktuell sind rund 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland als benachteiligte Gebiete ausgewiesen. Es gibt sie in jedem Bundesland.

Bayern und Baden-Württemberg geben benachteiligte Gebiete frei

Die Bundesländer können seit der Reform des EEG 2017 selbst entscheiden, ob sie Acker- und Grünlandflächen in ihren benachteiligten Gebieten für den Bau von Solaranlagen freigeben. Das bundesweit geltende EEG enthält eine sogenannte Länderöffnungsklausel, die den Bundesländern dieses Recht einräumt. Bislang haben Bayern und Baden-Württemberg eine entsprechende Verordnung erlassen.

In den Ländern, die von dieser Klausel keinen Gebrauch machen, können sich nur jene Solaranlagenbetreiber um eine Förderung bewerben, die ihre Anlagen auf ehemaligen Militärflächen, versiegelten Flächen, Seitenrandstreifen entlang Autobahnen und Schienenwegen oder auf Flächen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben errichten wollen.

19 Gebote für Projekte auf Acker und Grünlandflächen erfolgreich

Welche Anlagen konkret eine Förderung erhalten, wird in wettbewerblichen Ausschreibungen ermittelt, die die Bundesnetzagentur durchführt. Die jüngste Ausschreibungsrunde endete Anfang Juni 2017. Dabei waren erstmals Gebote auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten in Bayern und Baden-Württemberg zugelassen. Von den 32 Geboten, die einen Zuschlag erhalten haben, bezogen sich 19 auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten – 18 Projekte sollen in Bayern realisiert werden und eines in Baden-Württemberg. Damit ist das Kontingent für dieses Jahr noch nicht erschöpft. Die jeweiligen Landesverordnungen regeln, wie viele Projekte in diesen Gebieten maximal einen Zuschlag erhalten können. So wird eine übermäßige Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen verhindert.

Der Wettbewerb wächst, die Förderhöhe sinkt

Insgesamt gingen 133 Gebote ein, wovon sich 52 auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten beziehen. In der Vorrunde waren es insgesamt 76 Gebote gewesen. Der Vizepräsident der Bundesnetzagentur, Peter Franke, führt die deutliche Zunahme an eingereichten Geboten auf die Ausweitung auf Flächen in benachteiligten Gebieten zurück. Dadurch sei auch der Wettbewerb gewachsen: Die Förderhöhe sank noch einmal deutlich um 0,9 Cent pro Kilowattstunde gegenüber der Vorrunde. Wie die durchschnittlichen Zuschlagswerte von Ausschreibung zu Ausschreibung zurückgegangen sind, verdeutlicht unsere [Infografik](#).

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[> BMWi-Themenseite "EEG 2017"\]](#)

[\[> Überblick über die Zuschläge zum Gebotstermin 1. Juni 2017\]](#)

Zitat der Woche



© Stiftung 2°

"Die Energiewende ist für die deutsche Wirtschaft der Motor für Innovationen, für technische Entwicklung und letztendlich für ein zukunftsfähiges Wirtschaften."

Sabine Nallinger, Vorstandin Stiftung 2° – Deutsche Unternehmer für Klimaschutz

Pressestimmen

Diesmal in den Pressestimmen: Verteilung der Erneuerbaren-Jobs nach Bundesländern, Fachkräftemangel in der Windenergiebranche und Einweihung einer neuen Schaltzentrale von Transnet.



© Knipserin – Fotolia.com

[solarserver.de, 26.06.17: "Studie zeigt Verteilung der Erneuerbaren-Jobs in den Bundesländern"](#)

Die erneuerbaren Energien sind ein wichtiger Jobmotor vor allem für den Norden und Osten Deutschlands. Das zeigen neue Zahlen der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung. Mehr dazu auf dem Internetportal SolarServer.

[otz.de, 26.06.17: "Schwindelfreie Kletterer mit Elektro-Wissen dringend gesucht"](#)

In der Windenergiebranche fehlen Fachkräfte. Woran das liegt und welche Fähigkeiten bei der Wartung von Windrädern benötigt werden, beleuchtet die Ostthüringer Zeitung.

[stuttgarter-zeitung.de, 23.06.13: "Transnet stellt sich für Energiewende neu auf"](#)

Der Übertragungsnetzbetreiber Transnet hat in der vergangenen Woche im Beisein von BMWi-Staatssekretär Rainer Baake ein neues Kontrollzentrum in Wendlingen eröffnet. Wie die Schaltzentrale die Stromversorgung in Baden-Württemberg steuert, erklärt die Stuttgarter Zeitung.

Jetzt bewerben: Bis zum 15. Juli 2017 beim Energy Efficiency Award mitmachen

Mit dem Energy Efficiency Award 2017 will die Deutsche Energie-Agentur Projekte und Konzepte auszeichnen, die bei der praktischen Umsetzung der Energiewende besonders wirkungsvoll sind. Private und öffentliche Unternehmen können ihre Beiträge noch bis zum 15. Juli 2017 einreichen. Auf die Gewinner warten Preisgelder von insgesamt 30.000 Euro.

Gut zu wissen: Agentur für Erneuerbare Energien startet „Zahl der Woche“

Mit der neuen Rubrik „Zahl der Woche“ will die Agentur für Erneuerbare Energien regelmäßig auf besonders bemerkenswerte Daten zur Energiewende in den Bundesländern aufmerksam machen. Dabei geht es zum Beispiel um beeindruckende Fortschritte, überraschende Sachverhalte oder aktuelle Daten. Zum Start steht die Anzahl der Beschäftigten im Bereich Erneuerbare im Fokus.

Unterzeichnet: Vertrag zur Finanzierung des Kernenergieausstiegs

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries und die Vorstände der Energieversorgungsunternehmen haben gestern den Vertrag zur Finanzierung der Kosten des Kernenergieausstiegs unterzeichnet. Der Vertrag schafft sowohl für den Bund als auch für die Unternehmen langfristige Rechtssicherheit.

Sie haben Fragen oder Anregungen?

Kontaktieren Sie uns bitte unter newsletter-energiewende@bmwi.bund.de.

Kommende Ausgabe am 11. Juli 2017

Die nächste Ausgabe des Newsletters "Energiewende direkt" erscheint am Dienstag, den 11. Juli 2017.

© 2019 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie | [Impressum](#) | [Datenschutz](#)

